Kleine Anfrage

Resolution des UNO-Menschenrechtsrates zum Iran

Frage von	Landtagsabgeordnete Manuela Haldner-Schierscher
Antwort von	Regierungsrätin Dominique Hasler

Frage vom 30. November 2022

Der UNO-Menschenrechtsrat hat am 24. November eine Resolution zur Einrichtung einer Untersuchungskommission verabschiedet, die die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den am 16. September 2022 ausgebrochenen Protesten im Iran untersuchen soll, insbesondere im Hinblick auf Frauen und Minderjährige. Die Generalsekretärin von Amnesty International äusserte dazu, dass die Staaten nun dafür sorgen müssen, dass das Mandat unverzüglich umgesetzt und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden soll. Die iranischen Behörden sollen aufgefordert werden, uneingeschränkt mit der Kommission zusammenzuarbeiten und ihr ungehinderten Zugang zum Land zu gewähren. Die Abstimmung müsse ein Warnsignal für die iranischen Behörden sein, den militärischen Angriff auf Demonstrierende sofort zu beenden. Hierzu habe ich eine Frage: Liechtenstein ist Mitglied im UNO-Menschenrechtsrat. Kann die Regierung Ausführungen dazu machen, wie Liechtenstein die Umsetzung des Mandates ganz konkret unterstützen wird, damit die iranischen Behörden dieses Warnsignal auch in aller Deutlichkeit wahrnehmen müssen?

Antwort vom 02. Dezember 2022

Liechtenstein ist kein Mitglied des UNO-Menschenrechtsrats, kann jedoch als Beobachterstaat an praktisch allen Sitzungen des Menschenrechtsrats teilnehmen, Stellungnahmen abgeben und Resolutionsanträge zusammen mit einem oder mehreren Mitgliedsstaaten einbringen. So zählt Liechtenstein auch zu den Co-Sponsoren der Resolution des Menschenrechtsrats zur Einrichtung einer Untersuchungskommission bezüglich des Irans und gab an der betreffenden Sondersession des Menschenrechtsrats auch eine eigene entsprechende Wortmeldung ab. Darin wurde die gewalttätige Niederschlagung der Proteste im Iran kritisiert und eine unabhängige Untersuchung gefordert. Mit derartiger öffentlicher Kritik und Appellen an den Iran zeigt Liechtenstein seine Solidarität mit den Opfern dieser Menschenrechtsverletzungen. Liechtenstein zählt zudem zu einem der wichtigsten finanziellen Unterstützer des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte. Von 177 Staaten, die das Hochkommissariat mit freiwilligen Beiträgen unterstützen (Stand Oktober dieses Jahres), rangiert Liechtenstein auf Platz 26. Derzeit prüfen unsere zuständigen Stellen auch eine finanzielle Unterstützung des Mandats zur Einrichtung einer Fact Finding Mission, welche die Menschenrechtsverletzungen in Kontext der Proteste im Iran untersuchen soll. Ebenso wird Liechtenstein auch zukünftig - zusammen mit anderen Staaten im Menschenrechtsrat - den öffentlichen Druck aufrechterhalten.